



Hessen: Das Thema Bauen muss im neuen Koalitionsvertrag eine zentrale Rolle spielen

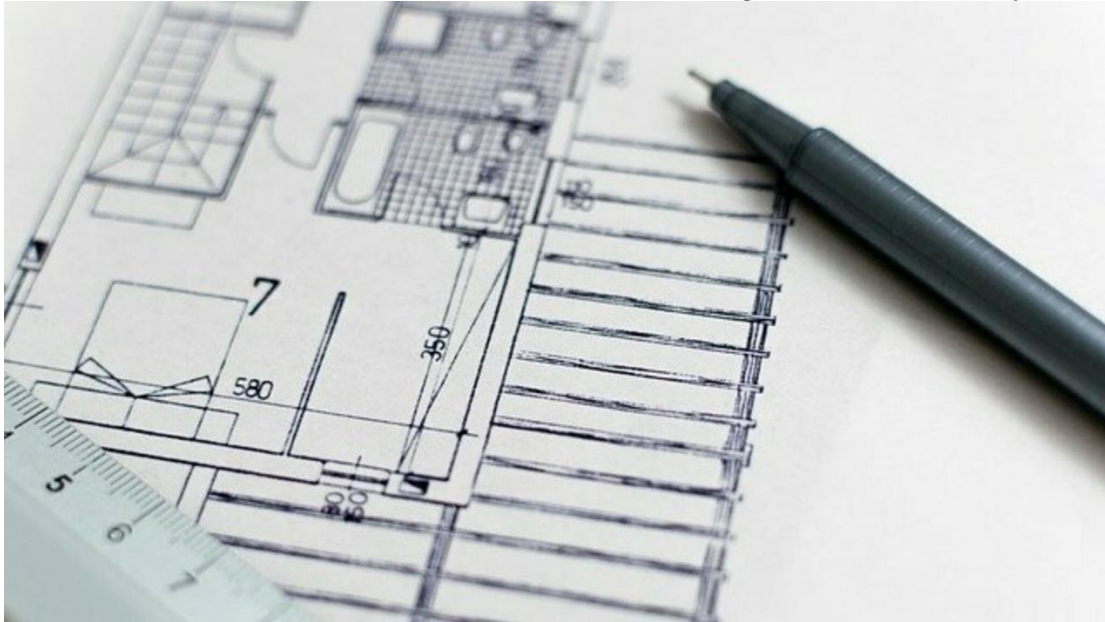


Foto: Pixabay hochgeladen von Theodor Groesdonk

Vertreter von Gewerkschaft und Arbeitgebern treffen sich in Frankfurt. Das Thema Bauen muss im neuen Koalitionsvertrag eine zentrale Rolle spielen.

"Wir sind uns einig wie selten: Hessen steht vor den größten Herausforderungen bei Infrastruktur und Wohnungsbau. Der Wahlsieger CDU muss deshalb nun seine Versprechen aus dem Wahlprogramm in dieser Hinsicht im Koalitionsvertrag manifestieren und den dringend benötigten Booster starten. Die allermeisten Hessinnen und Hessen können sich den Erwerb einer Wohnimmobilie nicht mehr leisten – hier besteht dringender Handlungsbedarf!" Das hat Thomas Reimann, Präsident des Verbandes baugewerblicher Unternehmer Hessen e.V., nach einem gemeinsamen Austausch mit Vertreterinnen und Vertreter der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Region Hessen zu den Ergebnissen der hessischen Landtagswahl gesagt.

Auch der IG BAU-Regionalleiter Hessen, Hans-Joachim Rosenbaum, sieht einen Schwerpunkt der hessischen Landesregierung im Bereich der Wohnungspolitik: "Bezahlbarer Wohnraum kann nur entstehen, wenn die Wohnungsgesellschaften der öffentlichen Hand mehr bauen. Allerdings ist die Wohnungsnot nicht ohne Rückenwind für die privaten Investoren in den Griff zu bekommen. Die augenblickliche Abwärtsspirale muss gestoppt werden." Zudem ruft Rosenbaum die CDU auf, ihre angekündigte Task-Force so schnell wie möglich einzusetzen, um Bauen wieder billiger zu machen, bürokratische Fesseln zu lösen und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Planungs- und Genehmigungsprozesse müssten digitalisiert und beschleunigt werden.

Ein weiteres Problem sei, dass Bau- und Handwerksbetriebe, ganz besonders in hessischen Ballungsräumen, kein Personal fänden, weil es keinen bezahlbaren Wohnraum mehr gebe. "Entweder werden die Arbeiter dann von weit hergeholt oder die Bauaufträge werden gar nicht erst umgesetzt. So verschärft sich das Fachkräfteproblem noch weiter", sagt Rosenbaum.

Einen wichtigen Hebel sieht Verbandspräsident Reimann im angekündigten Hessengeld: "Gerade in Zeiten steigender Zinsen, kann der Direktzuschuss vom Land unbürokratisch helfen, den Traum von den eigenen vier Wänden doch noch möglich zu machen. Wir fordern die künftigen Koalitionsparteien auf, das Hessengeld ab Januar 2024 anzupacken."

Einig sind sich die Vertreter der Baubranche auch, dass der Bereich Verkehr und Infrastruktur nicht vernachlässigt werden darf. Nicht nur dass ein enormer Sanierungsbedarf bei Brücken, Schiene und Straßen bestehe, auch die Infrastruktur in neuen Wohngebieten müsse im Fokus stehen, um lebenswerte Quartiere zu schaffen. Hier erwarten die Branchenvertreter praxisnahe Unterstützung der Kommunen durch das Land.